Nummer 273 — 27. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentl. mit den illustr. Gratisbeilagen „Die Welt" und „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher **Bezugspreis** 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer **10 ₰**. Sonnabend- u. Sonntagnummer **20 ₰**.
Hauptschriftleiter: **Dr. G. Desczyk**, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Freitag, den 30. November 1928
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile **30 ₰**. Familienanzeigen u. Stellengesuche **20 ₰**. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, **1 ℳ**. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes **40 ₰**, die Petitreklamezeile **1.30 ℳ**. Offertengeb. **20 ₰**. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: **Artur Lenz**, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Polierstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 2703. Bankkonto: **Stadtbank Dresden Nr. 61719**

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1 Polierstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Ueber die Kraft

Gedanken zum Zentrumsparteitag.

II

Wann spricht man von Parlamentsreform?

Von der Reform des Parlaments, insbesondere von der Wahlrechtsreform wird in Deutschland immer kurz vor jeder Wahl gesprochen. Dann finden alle, daß es mit den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr weiter gehe, bedauern aber zugleich, daß eine Reform so kurz vor der Neuwahl nicht mehr durchgeführt werden könne. Die Kandidaten für das neue Parlament sind selbstverständlich auch dieser Ansicht; dann wird das Parlament gewählt, und dann hört man eine Weile nichts mehr von Parlamentsreform. Bis kurz vor der nächsten Wahl.

Wenn man der Auffassung ist, daß die Verwaltungsreform den wichtigsten Teil der Reichsreform bildet, dann wird man auch überzeugt sein, daß eine solche Reform nicht nur an den Gliedern, sondern auch am Haupt vorgenommen werden muß. Gewiß ist es falsch, wenn man in einzelnen Ländern im Rahmen der Verwaltungsreform eine kleine Parlamentsreform auf eigene Faust versucht. Aber das Reich hat die Pflicht, für diese notwendige Reform Richtlinien zu geben. So, wie der Reichstag bisher die Frage seiner eigenen Reform behandelt hat, geht es nicht weiter, wenn das deutsche Parlament nicht alles Ansehen bei der Wählerschaft verlieren soll. Welche Anschauungen in dieser Beziehung in der Zentrumswählerschaft herrschen, zeigt etwa die Tatsache, daß in **Baden** vor der letzten Reichstagswahl alle Zentrumskandidaten sich verpflichten mußten, für eine Wahlrechtsreform einzutreten. Der sächsische Zentrumsparteitag in Chemnitz hat am 16. September — also nach der letzten Wahl — eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Nur eine entschieden weltanschaulich orientierte Politik, die unter völliger Einmütigkeit der Partei und nach jeder Richtung hin selbständig geführt wird, kann wieder unter der Fahne des Zentrums alle vereinen, die der Weltanschauung nach zu ihm gehören. Die parlamentarischen Vertreter einer solchen Politik müssen Persönlichkeiten sein, die auf Grund ihrer weltanschaulichen Einstellung, nicht etwa nur auf Grund ihrer Standeszugehörigkeit Vertrauen genießen. Eine Reform des Wahlrechts, die in dieser Hinsicht bessere Voraussetzungen schaffen würde, wäre zu begrüßen, doch dürften bei dieser Reform die Verhältnisse der Diaspora nicht außer acht gelassen werden."

In der Entschließung, die wohl auch außerhalb Sachsens beachtet worden ist, sind die Grundzüge der notwendigen Parlamentsreform deutlich aufgezeigt. Wir wollen Volksvertreter, nicht Standesvertreter, lebendige politische Persönlichkeiten, nicht routinierte parlamentarische Beamte, wir wollen, daß die Wählerschaft direkt über die Kandidaten entscheidet und nicht nur zwischen gebundenen Listen.

Daß der gegenwärtige Zustand diesen Forderungen nicht entspricht, darüber wird außerhalb des Reichstages nur eine Meinung herrschen. Einmal ist der Reichstag mehr und mehr zum **Ständehaus** entartet. Wenn man heute die Vertreter der verschiedenen Stände mit verschieden gefärbten Talaren ausrüsten würde, so wie früher an den Universitäten die Dozenten der verschiedenen Fakultäten sich unterschieden, dann würden wohl nur wenige Reichstagsabgeordnete ohne Talar übrig bleiben. Zum zweiten ist der Reichstag stark **überaltert**. Seit 1912 sind es im wesentlichen dieselben Persönlichkeiten, die in den Berliner Wallotbau einziehen. Allmählich beginnt die Arterienverkalkung in Deutschland ein höchst bedeutsamer politischer Faktor zu werden. Damit soll gegen bewährte politische Führer aller Richtungen nichts gesagt sein. Aber es gibt doch eine recht beträchtliche Anzahl von Abgeordneten in allen Parteien, bei denen man bedauert, daß es für Abgeordnete so etwas wie die früher im deutschen Heere berühmte „Majorsecke" nicht gibt. Daran trägt das dritte große Uebel, das Bestehen der **gebundenen Listen**, die größte Schuld.

Eine **Wahlrechtsreform**, die das Verhältnissystem in vernünftiger Weise beschränken würde, wird in weitesten Kreisen als ein Mittel angesehen, um die drei Schäden auszumerzen. Den besten Vorschlag dieser Art hat vielleicht der frühere Zentrumsabgeordnete **Röder** (mit dem wir bekanntlich in manchen anderen Fragen durchaus nicht übereinstimmen) gemacht: Abschaffung der gebundenen Listen, Verkleinerung der Wahlkreise, Verrechnung der Reststimmen auf Reichslisten, für die nur eine beschränkte Anzahl von Mandaten in Frage käme. Eine solche Wahlreform wäre ein Mittel, um das Interesse des Volkes am Reichstag, das heute fast auf den Nullpunkt gesunken ist, wieder zu heben und dem Parlament neues Blut zuzuführen.

Aber die **Wahlrechtsreform** wäre nicht das einzige Mittel. Wird die Neugliederung des Reiches entsprechend den Vorschlägen des Bundes zur Erneuerung des Reiches durchgeführt, dann verliert der **Reichsrat** seinen eigentlichen Sinn. Die Vorschläge für die Umgestaltung des Reichsrates, die der erwähnte Bund gemacht hat, können nur als Notbehelf bewertet werden. Warum will man eine Form aufrecht erhalten, die sich in der Vergangenheit als wenig zweckmäßig erwiesen hat? Der Reichstag berät gegenwärtig über den endgültigen **Reichswirtschaftsrat**. Sieht man nicht, daß man hier eine Vielheit von Körperschaften bildet, die sich letzten Endes nur hindern werden? In der Geschichte des Parlaments ist das Zusammenarbeiten von zwei Körperschaften traditionell und bewährt. In fast allen Republiken ist der gesetzgebenden Körperschaft eine zweite, beratende und prüfende Körperschaft an die Seite gesetzt. In den Republiken, die in dieser Richtung eine Ausnahme bilden, zum Beispiel in der Türkei, schafft das Ansehen und die Machtvollkommenheit des Präsidenten das notwendige Gegengewicht. Warum denkt man im Rahmen der Reichsreform nicht an die **Schaffung eines brauchbaren deutschen Oberhauses**?

Ein solches Oberhaus brauchte keine Einschränkung der Machtvollkommenheit des Reichstages zu bilden. Seine Aufgaben wären Prüfung, Anregung und Repräsentation. Das Oberhaus könnte den Reichsrat und den Reichswirtschaftsrat in sich aufnehmen, in ihm könnten Vertreter von Kunst, Wissenschaft und Religion Sitz und Stimme haben. Wie würdig und eindrucksvoll wäre es, wenn Deutschland ein parlamentarisches Forum hätte, das seine **historische Tradition**, seine **geistige und wirtschaftliche Arbeit** verkörpern würde, in dem Namen, die auch im Auslande Klang haben, vertreten wären. Dieses Oberhaus wäre nach englischem Muster auch berufen, die bewährten älteren Führer des Reichstages aufzunehmen und so in der gesetzgebenden Körperschaft selbst Raum zu schaffen für die jüngeren Kräfte. Würde ein Oberhaus dieser Art an die Stelle von Reichsrat und Reichswirtschaftsrat treten, dann würde das parlamentarische Leben in Deutschland ganz neue Anregungen erhalten und auch das Interesse vieler Kreise gewinnen, die heute dem deutschen Parlamentarismus ohne innere Anteilnahme gegenüberstehen.

Daß auch eine **innere Reform**, eine Reform nicht nur der Geschäftsordnung, sondern überhaupt des **parlamentarischen Stils** notwendig ist, dafür sind die Vorschläge des Reichstagspräsidenten **Löbe** der beste Beweis. Wir glauben, daß eine solche innere Reform getrost dem Parlament selbst überlassen werden könnte, wenn durch Wahlrechtsreform die nötigen äußeren Voraussetzungen geschaffen sind.

Schließlich erscheinen im **Verhältnis zwischen Parlament und Regierung** manche Aenderungen notwendig. Von verschiedenen Seiten, kürzlich noch von der preußischen Regierung, ist nach englischem Muster der Vorschlag gemacht worden, daß das Parlament Ausgaben über die Vorschläge der Regierung hinaus nur dann bewilligen darf, wenn gleichzeitig die entsprechende Deckung geschaffen wird. Ebenso nachahmenswert ist die englische Bestimmung, daß der Finanzminister ein Einspruchsrecht gegen Ausgaben hat, die er im Rahmen des Budgets für untragbar hält. — Auch im persönlichen Verhältnis der Minister zum Parlament scheint manches reformbedürftig. Es entspricht nicht dem Volksempfinden, daß bei Abstimmungen über Mißtrauensanträge die Minister selbst mit abstimmen. Ebenso unpopulär sind die Bestimmungen über die **Pensionierung** der Minister. Widerspricht die Pensionierung nicht überhaupt dem Sinn der parlamentarischen Ministertätigkeit? Und ist es nicht mindestens töricht, daß aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangene Minister gesondert behandelt werden? Selbstverständlich soll den Beamten, die einen Ministerposten bekleidet haben, der

Rußland und Deutschland

Die Moskauer Wirtschafts-Konferenz

Kowno, 28. November.

Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen begonnen. Am Dienstag nachmittag fand im Außenkommissariat die erste gemeinsame Sitzung der Delegationen statt.

In der heutigen Eröffnungssitzung der deutsch-russischen Wirtschaftskonferenz, die am Dienstag im Konferenzsaal des Außenkommissariats stattfand, nahm zunächst der Führer der russischen Abordnung, **Stomonjakow**, das Wort. Er wies darauf hin, daß die deutsch-russischen Verhandlungen bei gutem Willen günstige Ergebnisse haben könnten. Die Verhandlungen hätten den Zweck, den deutsch-russischen Vertrag von 1925 auf Grund der dreijährigen Erfahrungen zu ergänzen. Ministerialdirektor **Posse** verwies in seiner Antwort auf die Bedeutung der deutsch-russischen Beziehungen und sprach die Hoffnung aus, daß die Konferenz zu einem günstigen Ergebnis gelangen werde. Die Konferenz wählte hierauf **zwei Kommissionen**: eine Rechts- und eine Wirtschaftskommission, zur Bearbeitung der einzelnen Fragen.

Das Agrement für Dirksen

Berlin, 29. November. Die Moskauer Regierung hat das Agrement für Ministerialdirektor Dr. v. **Dirksen** erteilt. Die offizielle **Ernennung** des Herrn v. Dirksen zum deutschen Botschafter in Moskau **steht demnach unmittelbar bevor**.

Völkerbundsrat in Lugano

Genf, 29. November.

In hiesigen unterrichteten Kreisen verlautete am Mittwochabend, daß in den Verhandlungen zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond am Mittwoch in Berlin eine Uebereinkunft getroffen wurde, wonach im Hinblick auf das ungünstige Klima in Genf die Zustimmung der übrigen Mitglieder des Völkerbundsrates zu einer Verlegung der Dezembertagung des Völkerbundsrates nach **Lugano** herbeigeführt werden soll. Die Einholung der Zustimmung der übrigen Mitglieder soll durch das Völkerbundssekretariat erfolgen. Insbesondere dürfte der Wunsch an den derzeitigen Ratspräsidenten, den finnischen Außenminister **Prokope**, weitergeleitet worden sein. Der Völkerbundsrat beginnt seine Tagung am 10. Dezember.

Abschluß des Chorzow-Kompromisses

Warschau, 28. November.

Wie die polnische Presse berichtet, ist das deutsch-polnische Kompromiß-Abkommen in bezug auf die Chorzow-Frage nunmehr zum Abschluß gelangt. Der Austausch der diesbezüglichen Schriftstücke soll am heutigen Mittwoch stattfinden.

Optantenverhandlungen in Wien

Budapest, 28. November.

Die Verhandlungen zwischen Ungarn und Rumänien in der Optantenfrage werden am 15. **Dezember in Wien** beginnen. Der Leiter der rumänischen Abordnung ist der rumänische Gesandte in Athen, der Führer der ungarischen Vertreter wie bisher Baron Sterenyi.

Das deutsche Schulwesen in Südslawien

Belgrad, 28. November.

Dienstag vormittag hatte der Präsident des deutschen Abgeordnetenklubs, Dr. **Kraft**, eine Unterredung mit dem Unterrichtsminister **Grol**, in der er die Forderungen der Deutschen gegenüber dem neuen Schulgesetzentwurf darlegte. Er forderte die Errichtung neuer deutscher Schulen sowie einer deutschen Handelsakademie. Es gilt bereits als sicher, daß das **Schulgesetz** in einer den deutschen Forderungen entgegenkommenden Weise **abgeändert** werden wird. Der Entwurf kam auch am Nachmittag in einer Sitzung des radikalen Abgeordnetenklubs zur Sprache, wobei betont wurde, daß in drei Fragen auf die Wünsche der Minderheiten Rücksicht genommen werden müsse. Diese sind: 1. die Frage des Schulvermögens; 2. die Frage des Religionsunterrichts und 3. die Frage des Minderheiten-Schulwesens. Bezüglich des letztgenannten Punktes ist man bereit, den Unterricht in der Muttersprache in den höheren Klassen der Volksschulen zu gestatten.

SLUB
Wir führen Wissen.